

Haben wir eine Wahl?

Ja. Den Weg des Widerstands!

Die Bundestagswahl ist wichtig – entscheidend sind unsere Aktivitäten!

Im Editorial der aktuellen Ausgabe von Metall ruft Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, die Kolleginnen und Kollegen auf, am 26. September zu wählen: „Du hast die Wahl. Entscheide mit, für einen fairen Wandel!“

Fairer Wandel? An wen richtet sich dieser Appell? An die Unternehmer? Oder an jene Parteien, die sich seit der Einverleibung der DDR im Jahre 1990 in einer Art permanenter großer Koalition mit wechselnden Regierungsbeteiligungen von CDU/CSU, FDP sowie SPD und Grünen um den Abbau des Arbeitsrechts und sozialer Standards im Sinne der Unternehmer verdient gemacht haben?

Als Stichworte seien hier z.B. nur die Hartz-Gesetzgebung genannt, das Runterdrücken von Renten bei gleichzeitiger Erhöhung des Eintrittsalters.

2005 zog Gerhard Schröder, der SPD-Bundeskanzler, vor dem Davoser Weltwirtschaftsforum Bilanz: „Wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.“

Fairer Wandel?

Doch **genug ist den Kapitalisten nicht genug**. In einem 8-Punkte-Papier, auch Agenda 2030 genannt, formulieren sie – die BDA Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände – ihre Erwartungen an die künftige Bundesregierung. Sie wollen ran an das Arbeitszeitgesetz, an die Mindestlöhne, an die Rente.

Eine elfstündige Pause zwischen Arbeitsende und Arbeitsbeginn und ein achtstündiger Arbeitstag sei nicht mehr zeitgemäß.

Renten müssen gesenkt werden:

„Die mit Blick auf die allgemeine Lohnentwicklung während der Krise eigentlich gebotenen Rentendämpfungen sollten bei künftigen Rentenanpassungen nachgeholt werden“. Dafür müsse der „Nachholfaktor“ in der Rentenversicherung „reaktiviert“ werden. Und eh´ klar, wir werden zu alt. Deshalb **rauf mit dem Renteneintrittsalter**.

Stefan Wolf, der Gesamtmetall-Boss, denkt über ein Renteneintrittsalter von 70 Jahren nach, ebenso die Influencer des Instituts der deutschen Wirtschaft IW.

Nach Ansicht des IW könne durch „**eineinhalb Wochen weniger Urlaub und 2 Stunden pro Woche länger arbeiten**“ die Wirtschaftsleistung deutlich gesteigert werden – und der Staat müsse somit für die in der Coronakrise aufgelaufenen finanziellen Lasten keine Steuern und Abgaben erhöhen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juni 2021). Arbeitsrecht und Betriebsverfassung müssten entstaubt werden, um **Befristungen von Arbeitsverträgen zu ermöglichen** und **erleichterte Möglichkeiten** „zum rechtssicheren Drittpersonaleinsatz im Rahmen von Werksverträgen und Arbeitnehmerüberlassung“ (**Leiharbeit**) zu schaffen.

Kurz gesagt: Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse.

Das **Kündigungsschutzgesetz muss geändert werden**, „um Rechtssicherheit bei Verfahren von Massenentlassungen wieder herzustellen“ und die **Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte** bei sogenannten personellen Einzelmaßnahmen **sollen beschnitten werden**. Natürlich darf der Mindestlohn nicht angetastet werden, „der gesetzliche Mindestlohn darf nicht zum Spielball der Politik werden.“

Fairer Wandel?

Diese bevorstehenden Angriffe können nicht durch Appelle zu Fairness zurückgewiesen werden. Dazu bedarf es, den **Kampf zu organisieren**. Das ist und wäre die Aufgabe der Gewerkschaftsvorstände.

Was wir brauchen – nach wie vor:

- Arbeitszeitverkürzung durch Einführung der 35-Stunden-Woche auf gesetzlicher Grundlage!
- Rente mit 60!
- Ein Verbot von Leiharbeit und Werksverträgen!

Doch wir wissen, Wahlen allein ändern nichts.

Es bedarf des Kampfes der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb und auf der Straße.

Deshalb:

**Werdet mit uns aktiv!
Kämpfen wir gemeinsam –
auch in den Gewerkschaften**

- Gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die Werktätigen – Die Reichen sollen zahlen!
- Gegen Krieg und Hochrüstung – Für Frieden mit China und Russland!
- Gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte – Für Klassensolidarität!



**Wählt mit der Zweitstimme
Liste 17: DKP**



Was will die AfD?

Gerne gibt sich die AfD als Partei der „kleinen Leute“. Ein Blick in ihr Wahlprogramm zeigt aber das Gegenteil. Hier setzt die AfD allein auf den Markt – und rassistischen Sozialpopulismus.

In ihrem gedruckten Wahlprogramm zur Bundestagswahl quasselt die AfD von einem „Blue Deal“ in den Betrieben.

Was darunter zu verstehen ist?

„Zu unserem Verständnis ... ein gedeihliches Zusammenwirken von Unternehmern und Beschäftigten. Sie sind keine Gegner, sondern kooperieren ... um betriebliche Ziele zu erreichen.“

Deshalb reden sie im gedruckten Programm von einer **„Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts“**, in der Online-Version wollen sie das „Arbeitsrecht reformieren und vereinfachen.“

Kurz gesagt, die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten, wenn nicht abschaffen, zumindest einschränken.

Und so die Belegschaften zu Gefolgsleuten des Betriebsführers zu machen.

**Mit der Organisierung des Kampfes muss begonnen werden.
2022 finden die Betriebsratswahlen statt.**

Stellt Kandidatinnen und Kandidaten auf, die bereit sind zu kämpfen.



50 Jahre UZ unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung der DKP



Sechs Wochen kostenlos testen – Digital & Print
(Das Abonnement endet automatisch)

www.unsere-zeit.de • www.uzshop.de • E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 17788915 • Fax: 0201 17788928